



Große Anfrage

der Fraktion der SPD

Soziales Europa

Wir fragen die Landesregierung:

Zentrale Ziele der Europäischen Union sind die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, ein hohes Maß an sozialem Schutz und der Aufbau einer europäischen Wissensgesellschaft. Diese Schwerpunkte liegen dem Reformvertrag von Lissabon zugrunde. Sie beschreiben das soziale Europa.

Soziales

1. Welche Initiativen und Vorschläge beinhaltet die erneuerte Sozialagenda der EU und wie beurteilt die Landesregierung diese?
2. Welche europäischen Konzepte zum Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Europa greift die Landesregierung auf und wie werden diese in Schleswig-Holstein umgesetzt?
3. Inwiefern wird die Mobilität von Patientinnen und Patienten in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung durch den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission im Rahmen der erneuerten Sozialagenda verbessert?
4. Welche Initiativen hat die Landesregierung ergriffen, um die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zwischen Deutschland und Dänemark zu verbessern?
5. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die grenzüberschreitende Anerkennung von Berufen im Gesundheitssektor?
6. Welche Initiativen sind beim Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu erwarten?
7. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über den Einsatz von Pflegekräften aus anderen EU-Staaten und aus Nicht-EU-Staaten in Schleswig-Holstein? Wir bitten um Darstellung der legalen Beschäftigung ebenso wie über Vermutungen über den Bereich der Schattenwirtschaft.
8. Über welche Daten verfügt die Landesregierung hinsichtlich der Nutzung der Europäischen Krankenversicherungskarte?
9. Welche Initiativen hat die Landesregierung ergriffen, um eHealth-Lösungen im Gesundheitsbereich zu fördern?
10. Welche Projekte im Bereich Gesundheitspolitik wurden in den letzten zehn Jahren über welche Programme in Schleswig-Holstein über EU-Fördermittel finanziert und in welcher Höhe? Wie werden die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern in die Projektgestaltung einbezogen?
11. Welche Projekte im Bereich Gesundheitspolitik sind für eine Förderung in Planung?
12. Welche Konzepte zum Umgang mit dem demografischen Wandel in Europa greift die Landesregierung auf, wie werden diese in Schleswig-Holstein umgesetzt und wie werden die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern in die konzeptionelle Umsetzung einbezogen?
13. Wie bewertet die Landesregierung die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Antidiskriminierungsrichtlinie? In welchen Bereichen bieten diese über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz hinausgehende Handlungsmöglichkeiten zur Gleichbehandlung?
14. Wie wird der EU-Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein umgesetzt?
15. Wie bewertet die Landesregierung die europäischen Regelungen zum Verbraucherschutz und welche werden in Schleswig-Holstein umgesetzt?

16. Welche Schwerpunkte wird die Landesregierung in der künftigen Verbraucherpolitik setzen?

Arbeit

1. Welche Schwerpunkte aus den überarbeiteten beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Kommission haben im „Zukunftsprogramm Arbeit“ Priorität?
2. Inwieweit werden die Ziele der neuen beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Kommission mit dem Arbeitsmarktprogramm Schleswig-Holstein erreicht werden können?
3. Wie viele Arbeitskräfte aus Schleswig-Holstein sind in den letzten zehn Jahren über das europäische Job-Netzwerk EURES erfolgreich in das europäische Ausland vermittelt worden und in welche Mitgliedstaaten?
4. Wie viele Arbeitskräfte aus Schleswig-Holstein sind in den letzten zehn Jahren über *EURES Sønderjylland – Landesteil Schleswig* erfolgreich nach Dänemark vermittelt worden und in welchen Branchen?
5. Gibt es Erkenntnisse darüber, wie viele Beschäftigte auf andere Weise, beispielsweise selbst organisiert, im Nachbarland Arbeit gefunden haben?
6. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen in Europa und beabsichtigt sie, konkrete Initiativen zur besseren Anerkennung von Abschlüssen zu unterstützen?
7. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die Portabilität von Sozialversicherungsansprüchen auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt?
8. Wie beurteilt die Landesregierung europäische Initiativen zum Schutz der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Bezug auf ihre Umsetzbarkeit in Schleswig-Holstein?
9. Wie bewertet die Landesregierung die Folgen der EuGH-Urteile „Viking“, „Laval“ und „Rüffert“ für die sozialen Rechte und den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa?
10. Die Auswirkungen, die das EuGH-Urteil zum niedersächsischen Vergaberecht auf das schleswig-holsteinische Tarifreuegesetz hat, werden unterschiedlich bewertet. Wir bitten um Darstellung der unterschiedlichen Positionierungen, soweit sie der Landesregierung bekannt sind, und um ihre Bewertung.
11. Welche Konsequenzen hat die Novellierung der Richtlinien zu Arbeitszeit und Leiharbeit für Schleswig-Holstein?
12. Wie bewertet die Landesregierung die Umsetzung der geplanten Reform der Richtlinie über Europäische Betriebsräte in Schleswig-Holstein?
13. Wie wird das Flexicurity-Modell der Europäischen Kommission in Schleswig-Holstein bewertet?
14. Welche europäischen Förderprogramme nutzt die Landesregierung für den Bereich Arbeit und Beschäftigung in Schleswig-Holstein, und in welchem Umfang werden sie in Anspruch genommen?
15. Welche Projekte im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung werden in der neuen Förderperiode seit 2007 in Schleswig-Holstein über EU-Fördermittel finanziert und in welcher Höhe und welche Projekte sind geplant?
16. Zu welchen Anteilen partizipieren Frauen und Männer jeweils an den Maßnahmen?

Bildung und Forschung

1. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die grenzüberschreitende Anerkennung von Hochschulabschlüssen?
2. Welche Initiativen hat die Landesregierung ergriffen, um die Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie die Portabilität von Sozialversicherungsansprüchen für Wissenschaftler zu verbessern?
3. Welche grenzübergreifenden Studienangebote gibt es derzeit unter Beteiligung schleswig-holsteinischer Hochschulen? Wie sind ihre Perspektiven?
4. Mit welchen Maßnahmen setzt die Landesregierung europäische Initiativen zum „Lebenslangen Lernen“ um? Wie wird sichergestellt, dass das Prinzip des Gender Mainstreaming umgesetzt wird?
5. Welchen Beitrag leistet die Landesregierung zur Erarbeitung eines deutschen Qualifizierungsrahmens und dessen Anpassung an den Europäischen Qualifikationsrahmen?
6. Welche grenzübergreifenden Programme gibt es derzeit im Schulbereich unter Beteiligung schleswig-holsteinischer Schulen bzw. Schülerinnen und Schüler?
7. Welche europäischen Förderprogramme nutzt die Landesregierung für den Bereich Bildung und Forschung in Schleswig-Holstein?
8. Welche Projekte im Bereich Bildung und Forschung sind für eine Förderung in Planung? Werden diese Projekte bereits in der Planungsphase daraufhin konstruiert, die Gleichstellung von Männern und Frauen umzusetzen?

Wirtschaft

1. Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit werden sich langfristig regional sehr unterschiedlich auswirken. Mit welchen Auswirkungen auf Schleswig-Holstein rechnet die Landesregierung in den jeweiligen Bereichen? In wie weit lassen sich Erfahrungen, beispielsweise aus skandinavischen Ländern und aus England, übertragen?
2. Gibt es nach Auffassung der Landesregierung nach einem möglichen Wegfall des Tariftreuegesetzes Möglichkeiten, Firmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein vor Dumping-Konkurrenz zu schützen?
3. Welche europaweiten Initiativen, Programme und Richtlinien tragen in welcher Weise dazu bei, kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein zu unterstützen und zu fördern?
4. Wie beurteilt die Landesregierung das Zusammenspiel der bisher etablierten europäischen Programme mit dem „Schutzschirm für Arbeitsplätze“ der Bundesregierung?
5. Welche Initiativen hat die Landesregierung ergriffen, um die soziale Verantwortung der Unternehmen wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen zu fördern?
6. Wie haben sich die mit EU-Mitteln geförderten wirtschaftspolitischen Schwerpunkte im Vergleich zur vorangegangenen Förderperiode geändert?
7. Welche Projekte im Bereich Wirtschaft sind für eine Förderung in Planung?
8. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Ausbildung, Weiterbildung und „Lebenslanges Lernen“ bei Unternehmen in Schleswig-Holstein zu fördern?

9. Wie wird – über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinaus – eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme im Bereich Wirtschaft in Schleswig-Holstein geplant, umgesetzt und evaluiert?

Rolf Fischer
und Fraktion